

Nachrichten für Naunhof

und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Beucha, Borsdorf, Cötha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinfleinsberg, Klings, Köthen, Lützen, Pöthen, Quedlinburg, Terebinth.)
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

Verkauf wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Monatlich Mk. 3.—, jährlich Mk. 36.—, ohne Auslagen. Post enthält der Postgebühren Mk. 0.75. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die 6spaltige Korpuszeile 70 Pfg., auswärts 80 Pfg. 4spaltige 1.50, 3spaltige 1.50, 2spaltige 1.50, 1spaltige 1.50. Beilagegebühr pro Nummer Mk. 2.—. Ausnahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages, größere noch früher. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nehmen Vorkauf entgegen. — Befellungen werden von den Ausrägern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Verantwortl. Redakteur: Emil Naunhof Nr. 2

Druck und Verlag: Güng & Cule, Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 114

Sonntag, den 25. September 1921

32. Jahrgang

Amtliches.

Das Befahren der Fußwege mit Fahrrädern, Karren und Wagen (Kinderwagen ausgenommen) ist nach der hiesigen Straßenpolizeiordnung bei Strafe verboten. Dieses Verbot ist in der letzten Zeit trotz wiederholter Bekanntmachungen nicht beachtet worden. Dadurch haben sich oft Belästigungen der Bevölkerung ergeben.

Es wird deshalb nochmals aufgefordert, das Befahren der Fußwege zu unterlassen. Zuwiderhandlungen werden unmissverständlich und ohne Ansehen der Person bestraft werden.

Naunhof, am 23. September 1921. Der Bürgermeister.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Zwischen dem Reich und Bayern soll in den nächsten Tagen eine Verständigung zu erwarten sein.
- Der bayerische Minister des Innern hat einen Erlaß an die Oberpräsidenten mit Anweisungen zur Bekämpfung wucherischer Preissteigerungen herausgegeben.
- Der ehemalige Reichskanzler Hermann Müller erklärte auf dem sozialdemokratischen Parteitag die Nachricht für erlunnen, daß die Partei den Reichskanzler Birck lassen lassen werde.
- Das neue bayerische Kabinett ist gebildet worden ohne Teilnahme der Bayerischen Mittelpartei.
- Im babilischen Landtag machte der Staatspräsident aufsehenerregende Entschlüsse über das Verbot politischer Geheimorganisationen.
- Das Ultimatum der Entente an Ungarn wegen des Burgenlandes ist in Budapest überreicht worden. Es stellt eine Frist von 14 Tagen für die Räumung.

Leuerungswucher.

In den letzten drei Monaten hat sich zugleich mit dem Fall der Mark an den Börsen eine neue Leuerung entwickelt, nachdem in der vorangegangenen Zeit bereits eine gewisse Festlegung der Preise für die Nahrungs- und Bedarfsmittel festgestellt werden konnte. Im Anschluß an diese Leuerungswelle erlebte man dann Folgen jeder Leuerung: neue Lohn- und Gehaltsforderungen, Betriebsbeeinträchtigungen, Streiks, kurz eine außerordentliche Unruhe des ganzen Wirtschaftslebens. Eine außerordentliche Zunahme der Preise und all der erwähnten unangenehmen Folgen trat aber erst in den letzten Wochen ein, als Gerüchte verbreitet wurden, die Ernte im Reich sei so ungünstig ausgefallen, daß man auf Ernährungsschwierigkeiten im Winter rechnen müsse. Es war vergeblich, daß von amtlicher Stelle versucht wurde, solchen Gerüchten entgegenzutreten und um so notwendiger erscheint es deshalb, zu prüfen, in welchem Zusammenhang Ernährungslage und Leuerung tatsächlich stehen, und ob die letztere vielleicht nicht durch andere unlautere Kräfte ebenso als durch die gegebenen Verhältnisse gefördert wird.

Es kann nun ohne weiteres zugegeben werden, daß nach den Unterlagen, die das Reichsernährungsministerium hat, das laufende Jahr zwar nicht eine außerordentlich gute Ernte gebracht hat, aber es muß doch auch betont werden, daß man mit Sicherheit auf eine gute Mittelernte rechnen kann, die zum Teil besser ausgefallen ist als die des vorangegangenen Jahres. Es ergibt sich das schon daraus, daß das Reichsernährungsministerium der Kartoffelindustrie beispielsweise in diesem Jahr die Hälfte ihres Friedensbedarfs an Kartoffeln zur Verarbeitung überweisen konnte, während sie im vorigen Jahr nur ein Drittel erhielt. Und ebenso ist es bezeichnend, daß von Seiten der Regierung in diesem Jahr Kartoffelschäppreise nicht eingeführt werden, weil man in einer Besprechung mit den Kartoffelerzeugern zu der Ansicht kam, daß die Ernte „etwas über mittel“ ausgefallen und daß der Bedarf im allgemeinen gut gedeckt sein werde. Etwas anders ist es mit der Getreideernte, und hier sind Einfuhren wie bisher gewohnt nötig.

Singu kommt nun aber, da die Erntelage tatsächlich die entstandene Leuerung nicht begründen kann, der Kurssturz der Mark, der, wie ohne weiteres anerkannt werden muß, auf die Einfuhren, die im Winter nötig sein werden, verwerend wirken und auf einzelnen Gebieten in der Tat eine Vervielfachung der Preise zur Folge haben wird. Damit kommt man den Ursachen der jetzigen Leuerungswelle schon näher. Zahlreiche Händler benutzen die in einem späteren Augenblick zu erwartende Leuerung, um sich schon jetzt auf Kosten der Gesamtheit zu bereichern. Sie verteidigen ihre Preissteigerungen ständig mit dem Hinweis auf den Fall der Mark, während dieser sich ja erst im Winter tatsächlich auswirken wird und sie in Wirklichkeit heute noch mit den bei einem besseren Stand unserer Währung eingekauften Vorräten arbeiten. Sie sind also gewissermaßen wenigstens, was ihre Preise anbetrifft, der Zeit um einige Monate vorausgeeilt, und die Differenz zwischen der Gegenwart und ihren Zukunftspreisen drückt sich in den hohen Gewinnen aus, die in ihre Tasche fließen.

Es ist allerhöchste Zeit gewesen, daß von behördlicher Seite gegen dieses zeitliche Vorwärtstreben allmächtiger Kaufleute endlich Front gemacht wird, denn in der gewöhnlichen Wagsprache bezeichnet man ihre Geschäfts-

methoden mit dem Wort Wucher, gegen den gerade in wirtschaftlich so schweren Zeiten, wie wir sie erleben, die Allgemeinheit geschützt werden muß. Ein Erlaß des preussischen Innenministers gegen Wucher, der soeben veröffentlicht wird, kommt deshalb, wenn nicht schon zu spät, so doch im allerletzten Augenblick, in dem er Erfolg haben kann. Es wird darin darauf hingewiesen, daß aus Eignung zahlreiche Händler billig eingekaufte Ware teuer verkaufen, ja daß sie vielfach wichtige Lebensmittel verschärfen und dadurch den Wuchercharakter ihrer Preise noch erhöhen. Die Polizeiorgane werden angewiesen, die Preise einer eingehenden und fortlaufenden Überwachung zu unterziehen, die Ein- und Verkaufspreise ständig zu prüfen, daß für sie sorgen, daß billig eingekaufte Lagerware nicht zu überhöhten Preisen verkauft wird und vor allem, den Wucher auch zu bekämpfen, wenn nicht besondere Anzeichen vorliegen, sondern wenn ein eigenes Vorgehen der Polizei notwendig ist. Besonders diese letzte Anweisung wird sehr wichtig sein, denn Anzeigen erfolgen in vielen Fällen aus irgend welchen persönlichen und privaten Gründen nicht, ohne daß in solchen Fällen die polizeiliche Pflicht die Allgemeinheit vor Ausbeutung zu schützen, aufgehoben ist. Es ist auch zu begründen, daß die Polizeiorgane aufgefordert werden, die Finanzämter auf Geschäfte mit hohen Preisen zwecks steueramtlicher Nachprüfung aufmerksam zu machen, denn wenn der Minister die Meinung ausspricht, die Verbraucher müßten in der Zukunft gestärkt werden, daß der Staat in der Lage sei, sie vor Wucher zu schützen, so wird diese Unterstützung tatsächlich dadurch am meisten gefördert werden, wenn beobachtet wird, wie die Wucherer die Steuerorgane zu umgehen wissen, während der Lohnempfänger und der Beamte allmonatlich seinen Steuerabzug geduldig hinnehmen muß.

Die Verordnung selbst versucht somit den tatsächlichen Verhältnissen gerecht zu werden. Es muß die Hoffnung ausgesprochen werden, daß die ausführenden Polizeiorgane es verstehen, sie wirklich zur Geltung zu bringen. Denn sonst wird unser Wirtschaftsleben in unverantwortlicher Art geschädigt und die wirtschaftliche Spannung so erhöht werden, daß die Folgen unabsehbar sind.

Das neue bayerische Kabinett.

Verhandlungen in Berlin.
Der neue Ministerpräsident Graf Lerchensfeld unterbreitete in der Abend Sitzung des Freitags abends nach Eröffnung der Abgeordneten folgende Ministerliste:
Ministerpräsident und gleichzeitig Minister des Äußern und Minister der Justiz Graf Lerchensfeld, Inneres Dr. Schmeyer, Unterricht und Kultus Dr. Matt, Finanzen Dr. Krausnick, Soziale Fürsorge Oswald, Landwirtschaft Wuythofer, Handel, Industrie und Gewerbe Hamm.

Es sind somit alle Minister des vorigen Kabinetts wiedergekehrt, außer v. Raab (Volkspartei, Zentrum) und dem Justizminister Roth (Mittelpartei, Deutschnational). An Stelle des ehemaligen Ministerpräsidenten übernimmt der neue Ministerpräsident Dr. Schmeyer das Innere, Ministerpräsident Graf Lerchensfeld für



Graf Lerchensfeld, Ministerpräsident.

Recht und Justiz. Der bayerischen Volkspartei (Zentrum) gehören jetzt fünf Mitglieder des Kabinetts an: Lerchensfeld, Dr. Schmeyer, Dr. Schmeyer, Dr. Matt, Dr. Krausnick, und Wuythofer; den Demokraten Hamm. Die Mittelpartei (Deutschnational) ist im Ministerium nicht mehr vertreten.

Landtagspräsident Königbauer sagte, daß er das Einverständnis des Hauses für die Vorschläge des Ministerpräsidenten annehme. Widerspruch erfolgte nicht. Der Präsident begrüßte die neue Staatsregierung.

Lerchensfelds Programm.
In einer Ansprache führte der Ministerpräsident aus: Wenn die Koalition sich durch das Ausschneiden einer Partei geändert hat, so liegt doch kein Grund vor, die aus den Bedürfnissen des Landes herausgewachsenen Grundlagen der bisherigen Politik zu verlassen. Die allgemeinen Richtlinien, nach denen die bayerische Politik in Zukunft zu führen gedenke, bleiben daher dieselben. Graf Lerchensfeld gedachte dann der Verdienste des Herrn v. Raab und

betonte dann: Ich behalte mir vor, zu einzelnen Fragen später Stellung zu nehmen. Für heute möchte ich nur drei Dinge herausstellen, über die ich Ihnen, wie ich glaube, Rechenschaft schuldig bin:

1. Aufrechterhaltung der mühsam errungenen Ruhe und Ordnung im Staate. Ich bin mir bewußt, daß von dieser Grundlage aus allein der Wiederaufbau unseres Vaterlandes möglich ist.

2. Unser Verhältnis zum Reiche. In diesem Punkte steht für mich die Treue zum Reiche unüberwindlich fest.

3. Ein weiterer großer Gedanke, von dem ich mich leiten lassen möchte, ist der der sozialen Verbesserung. Das größte Unglück sehe ich in der Zerklüftung im Klassenkampf.

Zum Schluß seiner Rede wies Graf Lerchensfeld auf die Notwendigkeit des Vertrauensverhältnisses zwischen den Mitgliedern der Volksvertretung und der Regierung hin. Seine Lärwürde jeder Zeit und jedem offen stehen. Im demokratischen Staatswesen müsse ein Gedanke alle Bürger erfüllen, wenn anders der Staat keinen Schaden erleiden soll: die Liebe zu Bayern, die Liebe zum großen deutschen Vaterlande!

Graf Lerchensfeld hat die Reise nach Berlin angetreten, um persönlich die Verhandlungen mit der Reichsregierung über die Aufhebung des Belagerungszustandes und die Anwendung der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August zu führen. — Der Vorsitzende der nationalsozialistischen Arbeiterpartei, Adolf Hitler, der unter dem Verdacht, die Verteilung der antisemitischen Flugblätter während der letzten Tage organisiert zu haben, verhaftet worden war, ist wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Auch die verhafteten Zettelverleiher wurden wieder freigelassen.

Verständigung in Aussicht.

Zu den Verhandlungen zwischen Bayern und dem Reich wird von halbamtlicher Seite in Berlin mitgeteilt, daß die beste Aussicht bestehe, endlich zu einer Verständigung zu gelangen, die selbstverständlich so aussehen werde, daß es weder einen Sieger noch einen Besiegten gebe. Es müsse alles geschehen, um eine Erleichterung der Lage des neuen bayerischen Kabinetts zu vermeiden, dem man mit vollem Vertrauen entgegenzusehen könne.

Am 29. September soll im bayerischen Landtage die politische Aussprache beginnen. Man hofft, daß bis dahin die Verhandlungen zwischen Bayern und dem Reich zu einem befriedigenden Resultat gelangt sind.

Politische Geheimorganisationen.

Entschlüsse im babilischen Landtag.

Karlruhe, 23. September.
In der heutigen Sitzung des babilischen Landtages machte der Staatspräsident aufsehenerregende Mitteilungen über das Verbot von politischen Geheimorganisationen und deren Bestimmungen, die von der Staatsanwaltschaft aufgefunden wurden.

Diese Bestimmungen nennen als geistige Ziele: Welterziehung und Verbreitung des nationalen Gedankens, Förderung des Nationalismus, der Sozialdemokratie, der Weimarer Verfassung. An materiellen Zielen werden genannt: Sammlung entschlossener nationaler Männer, Einsetzung einer nationalen Regierung, um die durch den Versailleser Vertrag herbeigeführte Entwaffnung unmöglich zu machen.

Weiter wird gesagt: „Die Organisation ist eine Geheimorganisation. Sie verpflichtet die Mitglieder untereinander, ein Schwur- und Treuebündnis zu schließen, wodurch jeder Angehörige der Organisation der weitgehendsten Hilfe aller anderen Mitglieder sicher sein kann.“ Der Staatspräsident stellte nach Verlesung der Mitteilungen fest, daß der Würder Tillessen einer Kölner Zentrumsfamilie angehört, seiner Schwester aber geschieden habe, sie solle künftig deutschnational wählen. Ferner fügte der Staatspräsident hinzu, daß die beiden Würder Erzberger dieser Geheimorganisation angehört, ebenso Klinger und Müller.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Reichskanzler Birck zur oberschlesischen Frage.
In der „Europäischen Staats- und Wirtschaftszeitung“ äußert sich Dr. Birck in einem Artikel: „Oberschlesien — unsere größte Sorge“ über die Notwendigkeit, eine baldige Entscheidung herbeizuführen. Der Reichskanzler sagt u. a.: „Wir wetteifern nicht um die Sunst irgendeines Vertreters im Völkerrundrat und im Obersten Rat, wir hoffen auf die Gerechtigkeit, weil das ganze deutsche Volk ohne Unterschied der Partei von dem Gedanken unseres Rechts erfüllt ist. Eine Enttäuschung dieser Hoffnung wäre einfach unerträglich, und zwar nicht nur für das deutsche Volk allein, sondern für alle, die noch an den Sieg des Rechts in der Welt glauben.“

Die Verhandlungen über die Sanktionen.

Eine Neutermeldung aus London besagt, daß die Verhandlungen zwischen Großbritannien, Frankreich und Deutschland wegen der Termine, an denen die wirtschaft-

In Clebsand andelt, in dem tritt. Die An-schuldigt wird, ein, einen Wohl-der der Stadt, Lat war der itz-College zu en der Würder n, die es von ach drei An-er drei Monate iber erschienen, der zu erbitten. igen verhaftet Bewegung zu it zu überant-ums, die dar-, waren ver-ffen, seine Un-ten. Die Frau die Angeklagte die Angeklagte reiten sei, ihren es Jenfeld zu

1.11M.

urlos wunden
Kampfer-vefelf-Seife
Club
Freunde
Probe

Volle
Gartenstr. 36

Wochenkrant
Sonnabend
Ammelshain.
8 Uhr vom
alle kommen.
V.
Obbauverein
Achtung
Ausstellung
25. 9. in Döbeln
Uhr bis Döbeln
Hauptversamm-
des-Obbauver-
Wusnung beim
Anschluß auf
1. Okt. D. V.

ortlose..
Mh.
Hebl
Mädchen
Schneiderei ge-
meldeu Bahn-
I.

erkaufen:
rschrank, Stühle
erlenlich, Gem-
latten, eis. Well-
swagen, Sport-
fenster, Tischchen
n, für Hausflur
r, Langestr. 62.

l. Möbel
gel zu verkaufen
elmstraße 13.

stellen
Klingnerstraße 9.